



Kiel, 29. Januar 2015

Nr. 020/2015

Bernd Heinemann

Vertrauen bestätigt

Zum Bericht im Sozialausschuss über die aktuelle Situation am UKSH erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Heinemann:

Die Gesundheitsministerin Kristin Alheit und der UKSH-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Scholz haben heute wieder umfangreich und sachlich den Sozialausschuss über die aktuelle Situation am UKSH informiert. Das Vertrauen in das Handeln der Landesregierung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am UKSH hat sich damit bestätigt. Am UKSH wird derzeit das medizinisch Notwendige getan; Vorrang hat die Bekämpfung des MRGN-Keims. Für Schuldzuweisungen besteht weiterhin kein Anlass. Der Fakt, dass die bauliche Situation vor Ort mit wenigen Einzelzimmern auf der Intensivstation eine Keimverbreitung begünstigen kann, ist bekannt. Die Landesregierung versucht diese Situation durch die zügige Umsetzung des baulichen Masterplan deutlich zu verbessern. An dieser Stelle wäre die Frage interessant, wie sich eine frühere Entscheidung für den baulichen Masterplan zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung auf die Situation heute ausgewirkt hätte. Inwieweit Sofortmaßnahmen – z. B. eine andere Prioritätensetzung bei den Sanierungsarbeiten - erforderlich sind, wird diskutiert.

Des Weiteren hat die Gesundheitsministerin im Sozialausschuss verdeutlicht, dass die Meldepflicht für das Auftreten der problematischen Erreger weiterentwickelt werden soll. Die Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion sind hier gut gemeint. Entsprechende Gespräche werden von der Landesregierung bereits geführt.

Eine frühere Meldepflicht an das Gesundheitsamt hätte aber an der Situation am UKSH nichts geändert. Im UKSH wurden sofort alle medizinisch notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um den

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Keim in den Griff zu bekommen. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Gesundheitsministerium und UKSH ist vereinbart.

Die seit Jahren veränderte Situation mit den zunehmenden resistenten Erregern muss auch auf Bundesebene neu bewertet werden. Sie sind auch Anlass den kritischen Diskurs über den extensiven Einsatz von Antibiotika sowohl in der Humanmedizin als auch in der Nahrungsmittelproduktion weiterzuführen.